

GUTENACHRICHTEN

aus Stuttgart und Berlin
Nr.4

UTE VOGT



Dezember 2011

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,
liebe Genossinnen und Genossen,

'Wer Visionen hat soll zu uns kommen', mit diesem Satz verabschiedete Sigmar Gabriel die Delegierten des Berliner Bundesparteitags. Ein gelungener Parteitag, sehr emotional und trotzdem mit rationalen Beschlüssen. Die SPD bereitet sich auf die Regierung 2013 vor. Allerdings liegt bis dahin noch jede Menge Arbeit vor uns. Denn schließlich wollen wir die Führung übernehmen und nicht als Juniorpartner der blutarmen CDU deren weitere Regierungszeit sichern. Ein echter Wechsel muss her, so wie wir ihn 1998 schon einmal geschafft haben.

Die Herausforderungen sind seither deutlich gewachsen. Die Idee der Vereinigten Staaten von Europa war schon 1925 eine sozialdemokratische Vision. Eindrucksvoll und eindringlich hat uns Helmut Schmidt die Verantwortung für die europäische Idee ans Herz gelegt. Spannend seine historische Sicht, wichtig die wirtschaftspolitischen Erwägungen, entscheidend der Friede für die Menschen und zutiefst sozialdemokratisch sein Appell an ein 'mitfühlendes Herz' auch für unsere europäischen Nachbarn und gerade auch für Griechenland. Diesen Geist in Europa lebendig werden zu lassen, wird der schwarz-gelben Regierung schlicht nicht gelingen.

Aber dies ist nicht die einzige Baustelle, die aufgerissen ist, ohne dass die Regierung einen Bauplan hätte. Die schwierigste Aufgabe wird es bei allem sein, die Glaubwürdigkeit von und das Vertrauen in Politik wieder herzustellen. Inhalte zu klären ist ein wesentlicher Punkt, Personen aufzustellen ein zweiter - aber entscheidend wird sein, ob man uns zutraut, Worte und Taten zusammen zu bringen. Und das Primat der Politik wieder zurück zu gewinnen. Gerne will ich mit euch auch im kommenden Jahr dazu die Basisarbeit leisten; denn Vertrauen entsteht nicht abstrakt, sondern in der Regel durch konkretes Handeln gerade auch vor Ort. In diesem Sinne wünsche ich euch erholsame und friedvolle Weihnachten und einen guten Jahresanfang.

Ganz herzlichen Dank für viel Zuspruch, Unterstützung, kritische Begleitung und gemeinsame Aktivitäten.
Auf mehr davon 2012!

Schöne Ferien und viel Freude beim Lesen wünscht Euch und Ihnen
Eure

TV-Tipp! Ute Vogt und Tanja Gönner bei „Humpis - der Talk“

Auf Regio-TV am Sa., 21. und So. 22. Januar, um 19, 21 und 23 Uhr
Humpis ist ein mittelalterliches Areal in Ravensburg mit Museen und Ausstellungen.
Daher der Name, weil die Sendung dort aufgezeichnet wird.

Mehr Demokratie leben

Der SPD-Bundesparteitag stimmte ab: Für mehr Bürgerbeteiligung!

Die Menschen wollen mehr mitreden und mitentscheiden. Wir brauchen deshalb endlich auch auf Bundesebene eine bürgerfreundliche Regelung für die Durchführung von Volksbegehren und Volksentscheiden, niedrigere Quoren und neue Beteiligungsformen.

Die SPD will breite Beteiligungsrechte der Bürger einführen und setzt so neue Maßstäbe für die Transparenz und Mitbestimmung demokratischer Prozesse. Neben der Einführung von Volksbegehren und Volksentscheiden ist die Umsetzung einer

sogenannten „Volksgesetzgebung“ ein zentraler Bestandteil des Konzeptes. Die Bürger können so selbst unmittelbar Gesetze im Rahmen einer Volksgesetzgebungsinitiative einbringen und vorantreiben.

Bereits 2002 hatten die Fraktionen von SPD und Grünen einen Gesetzentwurf zur Einführung einer Gesetzgebung unmittelbar durch das Volk eingebracht. Dieses scheiterte am Widerstand von Union und FDP. An diesen Gesetzentwurf will die SPD jetzt anschließen.

Die SPD schlägt vor, dass ein Volksentscheid auf Bundesebene angenommen ist, wenn die Mehrheit der Abstimmenden zugestimmt hat und mindestens ein Fünftel der Stimmberechtigten sich an der Abstimmung beteiligt haben. Für Verfassungsänderungen gelten erheblich höhere Quoren. Es geht nicht darum, Bundestag oder Bundesrat abzuwerten, sondern darum, die öffentliche Debatte stärker mit dem politischen Prozess in den Parlamenten zu verbinden.

Die SPD will nicht, dass nur eine kleine Schicht einer gutgebildeten Elite Bürgerbeteiligung mit ihren Themen und Interessen dominiert. Die Politik muss lernen, Bürgerinnen und Bürger mehr, direkter und früher in Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Die SPD will neue und frühzeitige Formen von Bürgerbeteiligung bei Großprojekten gesetzlich festlegen. Es geht darum, Bürgerbeteiligung nicht als Blockadeinstrument, sondern als Gestaltungschance zu nutzen. ●●●



Foto: Julia Lenfers

Berliner Erklärung: Erster notwendiger Schritt für gesetzliche Quote

CDU und FDP bewegen sich auf SPD zu

15.12.2011 | Mit der interfraktionell ins Leben gerufenen "Berliner Erklärung" fordert ein breites gesellschaftliches Bündnis eine verbindliche Frauenquote für Aufsichtsräte börsennotierter, mitbestimmungspflichtiger und öffentlicher Unternehmen in Deutschland. Endlich setzt sich auch bei uns in Deutschland die Erkenntnis durch, dass wir mit freiwilligen Vereinbarungen nicht weiterkommen. Das Ziel ist damit aber noch nicht erreicht. Es ist ein erster Schritt. Schon viel zu lange ringen CDU/CSU und FDP um eine klare Position. Der Gipfel dieses Hick-Hacks ist der Vorschlag von Ministerin Schröder zu einer so genannten Flexiquote. Durchdachte Gleichstellungspolitik sieht anders aus.

Es ist unerträglich, wie viel hoch qualifizierte Frauen in Deutschland an die "gläserne Decke" stoßen. Beispielsweise sind nur 2,5 Prozent der Vorstandsposten der 200 größten deutschen Un-

ternehmen mit Frauen besetzt. Die Europäische Kommission hat festgestellt, dass, wenn die Zuwachsraten von Frauen auf Führungsebenen weiterhin so langsam ansteigen wie bisher, eine geschlechtergerechte Besetzung in den Führungsgremien deutscher Unternehmen erst in 50 Jahren erreicht werden würde – und damit 100 Jahre, nachdem unsere Verfassung die tatsächliche Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen festgelegt hat. Das wäre ein Skandal.

Die SPD zielt auf eine verbindliche, gesetzliche 40-Prozent-Quote nicht nur in Aufsichtsräten sondern auch in Vorständen deutscher Konzerne. Einen entsprechenden Gesetzentwurf wird die SPD-Bundestagsfraktion Anfang kommenden Jahres zur Abstimmung im Bundestag stellen. Dann wird sich auch zeigen, ob den Worten der Vertreterinnen der Koalition auch Taten folgen werden. ●●●

Die SPD hat auf ihrem Bundesparteitag beschlossen, Gorleben als Endlagerstandort aufzugeben

07.12.2011 | Eindeutig, ohne wenn und aber. Für Ute Vogt, die Sprecherin der SPD-Arbeitsgruppe des Untersuchungsausschusses Gorleben, steht fest, dass der Standort Gorleben "raus" ist: juristisch, politisch und geologisch. Denn in Gorleben wird seit über 35 Jahren getrickst. Das hat der Untersuchungsausschuss Gorleben des Bundestages mehrfach nachgewiesen.

Die SPD steht zu der Notwendigkeit einer ergebnisoffenen Endlagersuche, wie sie schon vor zehn Jahren unter rot-grüner Regierungszeit erarbeitet wurde. Im Jahr 2006 hat die SPD erneut versucht, diese Beschlüsse umzusetzen. Der Vorstoß des damaligen Umweltministers Sigmar Gabriel wurde jedoch durch Intervention von Bundeskanzlerin Merkel gestoppt.

Heute ist das Misstrauen der Bevölkerung in der Endlagerfrage größer denn je: Zunächst hat die Merkel-Regierung vollmundig eine ergebnisoffene Endlagersuche versprochen, um nur wenige Tage später festzustellen, dass sie dafür kei-

ne finanziellen Mittel bereitstellen kann. Merkel und Röttgen postulieren eine Endlagersuche "ohne Tabus" - aber unter Einbeziehung von Gorleben. Das ist eine Mogelpackung.

Mit jedem Castor-Transport ins Wendland werden weitere Fakten für ein Endlager in Gorleben geschaffen. Dort lagern mittlerweile 113 Castorbehälter in einem Zwischenlager – oberirdisch. Unter der Erde wird in Gorleben aber nicht nur "erkundet", sondern längst illegal an einem Endlager gebaut. Damit muss Schluss sein. Für die SPD ist klar: Der Standort Gorleben ist aufzugeben. •••

Endlagersymposium der SPD-Bundestagsfraktion Atommüllendlager: wie, wo und wann?

11.11.2011 | Auf Einladung der Umweltpolitiker Matthias Miersch und Ute Vogt hat die SPD-Fraktion in einem Symposium mit international anerkannten Experten die Endlagerfrage diskutiert. Denn es gibt auch nach dem Ende der Atomkraft in Deutschland kein funktionstüchtiges Endlager für hochradioaktive Abfälle.

Am Ende der Konferenz war allen TeilnehmerInnen klar, dass wir dringend eine nationale Debatte um nukleare Entsorgung in Deutschland brauchen – und zwar jetzt – nur nicht mit Gorleben!

Die Erkundungen in Gorleben müssen gestoppt werden. Denn eine wissenschaftlich unabhängige Erkundung kann nur dann erfolgen, wenn man an mehreren Standorten auf gleichem Erkundungsniveau beginnt. Nur so können Vorfestlegungen auf einen bestimmten Standort und eine wissenschaftliche „Wettbewerbsverzerrung“ ausgeschlossen werden. Aber nicht nur aus methodischen Gründen ist ein

Erkundungsstopp in Gorleben zwingend notwendig. Sondern auch um den Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland zu zeigen, dass die Politik es ernst meint mit einer „ergebnisoffenen alternativen Standortsuche“. Verbindliche Regelungen zur Bürgerbeteiligung sind hier das Gebot der Stunde.

Eine nationale Debatte um nukleare Entsorgung in Deutschland ist heute dringender denn je. Diese Diskussionen müssen transparent sein, ohne Zeitdruck und es darf nicht der übliche Austausch der Argumente sein. Bevor eine Endlagersuche beginnt, müssen die Auswahlkriterien klar festgelegt werden. •••

Den ganzen Bericht auf der Homepage der SPD-Fraktion finden Sie - - > [hier](#)

Genauer betrachtet: Spitzensteuersatz 49 Prozent

Derzeit sieht unser Steuertarif so aus, dass der Spitzensteuersatz von 42 Prozent ab einem Einkommen von 52.885 Euro bei Einzelveranlagung bzw. 105.770 Euro bei gemeinsamer Veranlagung einsetzt. Bei einem Einkommen von 250.000 Euro bzw. 500.000 Euro gibt es die so genannte Reichensteuer von 45 Prozent. Wir wollen den Spitzensteuersatz auf 49 Prozent ab einem Einkom-

men von 100.000 bzw. 200.000 Euro erhöhen. Mit diesem einen Satz werden die Steuerbeschlüsse der SPD in der Berichterstattung leider nur verkürzt dargestellt. Darum hier eine kurze Erläuterung, was wir vorhaben, denn gegenüber dem geltenden Steuertarif ist die von uns vorgesehene Erhöhung eine erhebliche und notwendige Verbesserung:

Für Einkommen zwischen 52.885 Euro und 64.000 Euro (bzw. 105.770 Euro und 128.000 Euro für Ehepaare) wollen wir eine Proportionalzone schaffen; das heißt, diese Einkommen werden wie bisher mit

dem derzeitigen Spitzensteuersatz von 42 Prozent belastet. Ab einem Einkommen von 64.000 Euro bzw. 128.000 Euro wollen wir eine dritte Progressionszone einführen. Die steuerliche Belastung soll also mit der Höhe des Einkommenszuwachses nach und nach auf den Spitzensteuersatz von 49 Prozent steigen. Dieser gilt dann ab einem Einkommen von 100.000 bzw. 200.000 Euro.

Die steuerliche Mehrbelastung soll also ab einem Einkommen von 64.000 Euro bzw. 128.000 Euro einsetzen und nicht erst ab einem Einkommen von 100.000 Euro bzw. 200.000 Euro. •••

Gut für Stuttgart

... Chance für Kommunen und Arbeitnehmer
in der Abfallwirtschaft...

... Kreislaufwirtschaftsgesetz vom Bundesrat abgelehnt

Der Bundesrat hat am 25.11.2011 das Kreislaufwirtschaftsgesetz in der von CDU und FDP geplanten Fassung abgelehnt. Mit der Einführung einer orangenen Wertstofftonne für wiederverwendbaren Müll (bisherige Gelbe-Sack-Abfälle, aber auch kaputte Toaster, Töpfe, Fernsehgeräte u.a.) bestand die Gefahr, dass private Unternehmen die wertvollen Abfälle abnehmen und die Städte und Gemeinden auf dem Hausmüll sitzenbleiben.



Ute Vogt bei der ver.di-Aktion „Keine Rosinenpickerei“ zum Kreislaufwirtschaftsgesetz am Brandenburger Tor

„Gut für die Stabilität bei den Müllgebühren, gut für die Angestellten der städtischen Müllabfuhr und gut für die Umwelt“, so fasst die Stuttgarter SPD-Bundestagsabgeordnete Ute Vogt den Beschluss des Bundesrates zusammen. Die SPD-Fraktion und die SPD-geführten Bundesländer waren von Anfang an gegen eine Liberalisierung im Abfallrecht. Öffentliche Daseinsvorsorge sei besser und das sehen auch die Gewerkschaft ver.di, viele Vertreter der Kommunalverbände und Umweltverbände so.

„Die Mitarbeiter der öffentlich-rechtlichen Entsorger bekommen Tariflohn – Dumpinglöhne bei privaten Abfallentsorgern darf es nicht geben,“ sagt Ute Vogt, die sich im November dem Protest von ver.di am Brandenburger Tor anschloss. Und die Müllgebühren für die Stuttgarterinnen und Stuttgarter würden viel teurer, wenn nicht die städtischen Müllentsorger von der AWS auch sehr hohe Einnahmen durch recycelbare Abfälle – also Wertstoffe – hätten. ...

Regierungskoalition aus CDU und FDP

spielt Schutz von Fischarten gegen Vogelschutz aus

10.11.2011 | Einen Antrag der Regierungskoalition und der Linksfraktion zum Thema „Kormoranmanagement“ wird die SPD-Bundestagsfraktion bei der Schlussabstimmung ablehnen. Der Kormoranbestand soll nach dem Willen der Antragsteller aus wirtschaftlichen Gründen um 25% reduziert werden.

Hintergrund ist der wachsende Ärger von Fischern und Anglern. Kormorane nutzen Fischarten, die auch auf heimischen Tellern landen, als Nahrungsquelle. Dieser „Interessenkonflikt“ soll nach dem Willen der Regierungskoalition durch Reduzierung dieser Vogelart beseitigt werden.

„Bereits jetzt gibt es Ausnahmeregelungen, nach denen Kormorane an Fischteichen vergrämt oder gegebenenfalls sogar abgeschossen werden dürfen. Auch gibt es bereits Entschädigungszahlungen der Bundesländer an Betroffene. Daher besteht kein Be-

darf an einer weiteren Regelung, zumal der vorliegende Antrag lediglich Symptome bekämpft,“ fasst Ute Vogt zusammen.

Allein im letzten Jahr wurden bundesweit knapp 27 000 Kormorane abgeschossen, was über der Hälfte des Bestandes, der sich im Winter in Deutschland befindet, entspricht.

Ute Vogt: „Die SPD ist gerne bereit, einem Antrag, der Fischarten schützen möchte, zuzustimmen. Jedoch darf auf dem Weg dorthin nicht eine Tierart gegen die andere ausgespielt werden. Die weitere Verbesserung von Gewässerqualität und Durchgängigkeit von Fließgewässern wären ein Ansatzpunkt, der ohne das ‚Reduzieren‘ einer Tierart auskäme.“

Die [komplette Rede](#) von Ute Vogt im Deutschen Bundestag



Rolf Hochhuth und Ute Vogt bei der Übergabe des Gedenkzeichens für Georg Elser

08.11.2011 | In Berlin erinnert seit heute ein Gedenkzeichen an den schwäbischen Schreiner und Widerstandskämpfer Georg Elser. Genau 72 Jahre nach dem gescheiterten Attentat auf Adolf Hitler wurde es der Öffentlichkeit übergeben.

Am 8. November 1939 zündete Georg Elser eine Bombe im Münchner Bürgerbräukeller, um den euro-

Ute Vogt bei Übergabe der Skulptur zum Gedenken an Georg Elser

päischen Frieden zu retten. Das von dem Künstler Ulrich Klages entworfene Gedenkzeichen steht an der Ecke Wilhelmstraße / An der Kolonnade. Es besteht aus einer über 17 Meter hohen filigranen Stahlskulptur mit der Silhouette des Gesichts von Georg Elser. Zitate Elsers wurden als Leuchtstreifen in den Gehweg eingelassen. Angeregt wurde das Gedenkzeichen vom Autor Rolf Hochhuth. Der Künstler Klages betonte in seiner Rede, dass Elser Mut, Humanismus, Entschiedenheit und Freiheitswillen bewiesen habe. Elser habe gezeigt, dass man sich damals anders verhalten konnte. Rolf Hochhuth erinnerte daran, dass Georg Elser in den deutschen Geschichtsbüchern lange nicht erwähnt wurde und es bis in die 1990er Jahre keinen Lexika-Eintrag über ihn gab. Er bezeichnete das Gedenkzeichen, bei dessen Übergabe auch Ute Vogt anwesend war, als ein menschliches Zeichen für Menschen.

Seveso-III-Richtlinie

Auszug aus der Rede von Ute Vogt zum "Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Beherrschung der Gefahren bei schweren Unfällen mit gefährlichen Stoffen"

26.09.2011

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Richtlinie "zur Beherrschung der Gefahren bei schweren Unfällen mit gefährlichen Stoffen", auch "Seveso-Richtlinie" genannt, gibt es aus einem guten Grund.

Seveso ist uns eine ständige Mahnung. Im italienischen Seveso kam es zu einem folgenschweren Dioxin-Unfall, zu einem der folgenschwersten Chemieunfälle überhaupt, eine dramatische Katastrophe für die dort lebenden Menschen. Um schwere Unfälle mit gefährlichen Stoffen zu verhüten

und die Unfallfolgen für Mensch und Umwelt zu begrenzen, wurde 1982 die erste Seveso-Richtlinie erlassen, mit dem Ziel, in der ganzen EU ein hohes Schutzniveau zu gewährleisten.

Mit der Seveso-II-Richtlinie von 1996 wurde die Richtlinie überarbeitet und wichtige Änderungen und neue Konzepte eingeführt. Der Umweltschutz bekam stärkeres Gewicht und der Anwendungsbereich wurde auf Stoffe ausgedehnt, die als gefährlich für die Umwelt und insbesondere das Wasser gelten. Aufgenommen wurden neue Anforderungen in Bezug auf Sicherheitsmanagementsysteme, Notfallpläne und Raumplanung. Verschärft wurden die Bestimmungen für Inspektionen und die Unterrichtung der Öffentlichkeit wurde aufgenommen.

Wir begrüßen den Richtlinienvorschlag für die Seveso-III-Richtlinie. Es ist notwendig, die Seveso-II-Richtlinie an das geänderte Chemikalienrecht anzupassen. Das Schutzniveau für Gesundheit und Umwelt muss für uns dabei mindestens gleich bleiben oder sich – besser noch – steigern. Mit der Überarbeitung sollen strengere Inspektions-

normen eingeführt und der Umfang an Informationen, die der Öffentlichkeit bei einem Unfall zur Verfügung stehen, vergrößert werden. Ebenso zu begrüßen ist es natürlich auch, wenn eine engere Koordination der beteiligten Behörden erreicht werden kann. Soweit so gut.

Falsch wäre es aber aus unserer Sicht, das Sicherheitsabstandsgebot zwischen Betrieben und zum Beispiel Wohn- oder auch Erholungsgebieten allein ins planerische Ermessen zu stellen. Ein angemessener Abstand muss verbindlich gewahrt werden. Eine Aufweichung, wie sie in der Richtlinie formuliert ist, nämlich dass der Abstand nur "soweit möglich" angemessen sein muss, ist für uns allenfalls in Bezug auf Hauptverkehrswege denkbar.

Ausgesprochen positiv bewerten wir allerdings das Ziel, die Öffentlichkeit besser zu informieren. Es ist mir unverständlich, meine Kolleginnen und Kollegen von CDU, CSU und FDP, warum Sie eine Ausweitung der bestehenden Informationspflichten ablehnen. ●●●

Reden im Bundestag

Alle Reden in voller Länge, auch weiter zurückliegende, sind auf meiner Homepage unter - - > [Reden](#) zu finden

- 10.11.2011 | Rede im Deutschen Bundestag zum Thema "Kormoranmanagement"
- 29.09.2011 | Rede zum "Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Beherrschung der Gefahren bei schweren Unfällen mit gefährlichen Stoffen"
- 26.05.11 | Rede zur 2./3. Beratung zum 10. Gesetz zur Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes – Privilegierung des von Kindertageseinrichtungen und Kinderspielflächen ausgehenden Kinderlärms
- 23.03.11 | Rede in der Aktuellen Stunde zum Thema "Konkrete Anforderungen insbesondere des Bundesumweltministeriums für die Sicherheitsüberprüfung deutscher Atomkraftwerke"
- 10.02.11 | Rede zum Antrag der SPD- Fraktion "Gorleben – Echter Dialog statt Enteignung"
- 17.12.10 | Rede in der Aktuellen Stunde zu den Castor-Transporten nach Mecklenburg-Vorpommern
- 02.12.2010 | Rede zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „Blockade beim Bodenschutz aufgeben – EU Bodenschutzrahmenrichtlinie voranbringen“
- 11.11.10 | Rede zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Thema Kinderlärm.
- 07.10.2010 | Zweite Beratung zum Neunten Gesetz zur Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes
- 06.10.10 | Rede in der Aktuellen Stunde zum Thema Stuttgart 21.
- 10.06.10 | Rede zum Antrag Bündnis 90/Die Grünen: Beteiligung der Energiekonzerne an den Kosten für das Atommüll-lager Asse
- 20.05.10 | Rede zum Antrag der Fraktion Die Linke: Für eine immissions- und baurechtliche Privilegierung von Sportanlagen
- 26.03.10 | Rede zum Antrag der SPD: Keine weiteren Erkundungen des Salzstocks Gorleben vor Abschluss des Untersuchungsausschusses
- 04.03.10. | Rede zum Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion DIE LINKE sowie der Fraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen: Einsetzung eines Untersuchungsausschusses
- 25.02.10 | Rede zur Neununddreißigsten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über Luftqualitätsstandards und Emissionshöchst-mengen – 39. BImSchV)
- 18.12.09 | Rede in der Ersten Beratung des Entwurfs von der Fraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen eines Gesetzes zur Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes

.....

Deutsche Gartenbaubetriebe wollen ihre Berufsgenossenschaft behalten



Ute Vogt mit Geschäftsführer Thomas Vohrer (li.) und Präsident Hartmut Weimann vom Württ. Gärtnereiverband und dem Vizepräsidenten den Zentralverbandes Gartenbau, Jürgen Mertz (re.)

08.12.2011 | Seit 99 Jahren gibt es die Gartenbau-Berufsgenossenschaft. Jetzt soll sie mit acht regionalen landwirtschaftlichen Trägern zusammengelegt werden. Das ärgert die Gärtner und treibt sie auf die Palme - statt als Vorbild zum Beispiel bei der Unfallprävention zu fungieren, sollen sie nun geschluckt werden und mit einer Mini-Abteilung an Zuständigen unter dem großen Dach der Landwirtschaftlichen Sozialversicherung (LSV) abgespeist werden.

Bisher war die Erfolgsgarantie der Gartenbau-Berufsgenossenschaft, dass halbparitätisch Arbeitnehmer und Arbeitgeber gemeinsam an den Zielen gearbeitet haben. Und dies mit Erfolg: Die Unfallzahlen gehen seit Jahren zurück, dadurch sind Beitragssenkungen möglich, die Berechnungsgrundlagen für die Beiträge sind klar (Schwerpunkt liegt auf Personal/Arbeitswert statt auf Fläche) und es gibt einen einheitlichen bundesweiten Träger. "Warum soll man ein System auflösen, das sehr gut funktioniert?" fragt auch Ute Vogt und mit ihr die Fraktion im Bundestag. Nicht immer halten Synergieeffekte und Fusionen, was sie versprechen.

Manchmal sind kleinere Strukturen einfach besser. Auch, dass hoher zeitlicher Druck ausgeübt wird und der Bundesrat nicht mit einbezogen wird, sei ärgerlich, so die Abgeordnete.

Die SPD will, so Vogts Kollege Josip Juratovic in seiner Bundestagsrede, "dass sich die Eigenständigkeit der Gartenbauberufsgenossenschaft in einem Beirat oder einer Sektion im Gesetzentwurf wiederfindet und festgeschrieben wird."

...

Ute Vogt setzt sich für frei lebende Hunde in der Ukraine ein

Im Vorfeld der Fußball-Europameisterschaft 2012 wurden in der Ukraine massenhaft frei lebende Hunde auf grausamste Art und Weise getötet, um „Ordnung“ auf den Straßen zu schaffen.

Ute Vogt hat aufgrund dieses maßlosen Verhaltens der ukrainischen Behörden eine schriftliche Frage an die Bundesregierung gestellt, inwieweit ihr das Ausmaß dieser Massentötungen bekannt sei und

wie sie sich auf europäischer Ebene dafür einsetze, dies zu unterbinden.

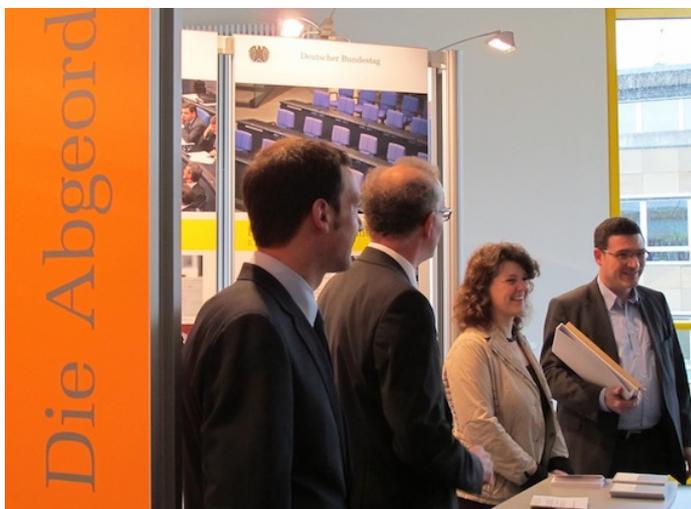
In Ihrer Antwort betont die Bundesregierung, zuletzt im November 2011 unter Hinweis auf die kürzliche Unterzeichnung des Europäischen Übereinkommens zum Schutz von Heimtieren durch die Ukraine, diese nachdrücklich aufgefordert zu haben, „sich dieser Problematik auf tierschutzgerechte Art und Weise anzunehmen.“

Danach seien die ukrainischen Behörden durchaus problembewusst, auch wenn der Umgang mit streunenden Hunden in der Ukraine wei-

terhin kontrovers diskutiert werde. In Kiew werde zur Zeit ein Tierheim errichtet, um während der Fußball-Europameisterschaft 2012 Tiere unterbringen zu können.

Hunde in der Ukraine

Die Bundesregierung werde die Situation im Vorfeld der Fußball-Europameisterschaft weiterhin beobachten und, wenn nötig, erneut gegenüber den zuständigen Stellen ansprechen.



Ute Vogt und Stefan Kaufmann eröffnen die Wanderausstellung im Haus der Geschichte

07.12.2011 | Wie funktioniert eigentlich der Bundestag - wer entwirft Gesetzentwürfe, wer stimmt darüber ab? Wie oft sind Abgeordnete in Berlin? Wie funktioniert die Arbeit in den Fraktionen?

Für viele Bürgerinnen und Bürger gilt der Bundestag als "Raumschiff" - weit weg. Darum tourt eine Wanderausstellung des Deutschen Bundestages durch die ganze Republik, die auf 20 Schau-

tafeln, mit vielen gut gemachten Broschüren und zwei Computerterminals die Arbeit im und rund um den Bundestag anschaulich erklärt.

Den Stop in Stuttgart eröffneten Ute Vogt und ihr CDU-Bundestagskollege Stefan Kaufmann. Besonders freuten sie sich, dass das Haus der Geschichte den Raum im obersten Stock mit Panoramablick dafür zur Verfügung gestellt hatte. Bei der Eröffnung waren 20 Schüler vom Paracelsus-Gymnasium Hohenheim dabei, einen Tag später kamen zwei Klassen der Pestalozzischule aus Rohr. Im Anschluss konnten sie jeweils eine Stunde den beiden Abgeordneten Löcher in den Bauch fragen: Von der Krise in Europa über das tägliche Arbeitspensum, den Unterschied zwischen Berlinwochen und Wahlkreiswochen bis hin zur Nutzung von sozialen Netzwerken wie Twitter oder facebook war fast alles dabei.

Die Ausstellung gastierte vom 7. bis 11. Dezember in Stuttgart, dann warteten andere Städte und andere Schulklassen auf der Reise durchs Land.

„Raumschiff“ Bundestag landet in Stuttgart

Frauen die Chance zum Wiedereinstieg in das Berufsleben ermöglichen! Ute Vogt besucht das Frauenunternehmen Zora

07.12.2011 | Viele Frauen, oft Migrantinnen, Alleinerziehende, oder Frauen ohne Schulabschluss und Ausbildung, haben enorme Probleme oder oft gar keine Chance, zurück ins Berufsleben zu finden. Ihnen hilft das Frauenunternehmen Zora, das seit über zehn Jahren in Stuttgart erfolgreich Beschäftigung, Qualifizierung und Beratung für Bewerberinnen von Arbeitslosengeld II anbietet. Durch Jobcoaching, Bewerbungstraining, Mediens Schulung oder soziales Kompetenztraining

soll der Wiedereinstieg möglich werden. Ute Vogt traf sich zum Gespräch mit Geschäftsführerin Daniela Steinhoff, Fachbereichsleiterin für Arbeit, Bildung und Soziales, Ingrid Stoll und Daniela Brümle, die die Kindertagesstätte MiniKiZ leitet. Das Hauptproblem: Es drohen von Seiten des Bundes massive Kürzungen bei der Eingliederungshilfe im SGB II. Allein Zora rechnet mit der Streichung von 44 von 144 Plätzen. Und das, obwohl das Jobcenter selbst Zora eine hohe Qualität der Arbeit bescheinigt hat, denn im Vergleich zu anderen gelingt bei Zora der Übergang in eine Festanstellung häufiger. „Eine fatale Entscheidung der schwarz-gelben Regierung, wider besseres Wissen!“, ärgert sich Ute Vogt. Bewundernswert, dass die

Frauen von Zora trotzdem weiterkämpfen und viele Mitarbeiterinnen dabei Verzicht leisten, um erfolgreiche Arbeit nicht sterben zu lassen. So wie das Kinderkaufhaus ZORELLA (Hackstraße 9), das allen Eltern zum Einkaufen von Kinderkleidung, Wäsche und Spielzeug offen steht. Hier können z.B. Frauen eine Ausbildung als Verkäuferin machen.

Chance zum Wiedereinstieg

Oder die neu eröffnete Kinderkrippe MiniKiZ - auf zwei Stockwerken ist Platz für vier Gruppen. Das beste dürfte für die Kinder aber im Sommer der neu gestaltete Spielgarten werden!



v.l.n.r.:
Daniela Brümle,
Ingrid Stoll, Daniela
Steinhoff, Ute Vogt



Ute Vogt las an der Lerchenrainschule Kindern vor

18.11.2011 | Das Buch, das sie dazu mitbrachte, heißt: "Der Lesemuffel". Es handelt von einem Jungen, der lieber Fußball spielt, Seile hochklettert und meint, es reiche, wenn man sich selber die Schnürsenkel binden kann - aber Lesen, nein, da wird man nur müde. Seine Mama erfindet ein "Preisausschreiben": Wem von den Nachbarn im Haus es gelingt, ihren Muffel zum Lesen eines Buches zu bewegen, bekommt als Dankeschön ein dreigängiges Mittagessen gekocht. Und alle Nachbarn geben sich richtig Mühe ...

Die zwanzig Kinder aus der Lerchenrainschule in Stuttgart-Süd lauschten gebannt und lachten richtig mit, wenn Ute Vogt lustige Stellen vorlas. Die Schule ist bekannt für ihre Leseprojekte. Es gibt oben unterm Dach das große, helle Lesezimmer mit den Bücherregalen. Ein Projekt ist, dass die Schüler Gedichte schreiben, die dann in kleinen Bändchen gedruckt werden. Neu ist "Fußball trifft Kultur" - Schirmherr ist Ex-Fußballer Guido Buchwald. Die Schülerinnen und Schüler erhalten zweimal die Woche Fußballtraining bei den Stuttgarter



Bundesweiter Vorlesetag

Kickers, dann bekommen sie im Anschluss eine Stunde Sprachförderung mit dem Ziel, dass ihnen Lernen und Lesen leichter fällt. Der bundesweite Vorlesetag ist eine Initiative der Zeitung „Die ZEIT“, der Stiftung Lesen und der Deutschen Bahn. Rektorin Dorothea Grübel freute sich, dass Ute Vogt an ihre Schule zum Vorlesen kam und zeigte ihr im Anschluss noch das historische Schulgebäude. Im Gespräch ging es u. a. um den aktuellen Stand beim Schulentwicklungsplan, die Lehrerversorgung und die Ausstattung der Schule.

Stadtleben

Die neue Veranstaltungsreihe, mit der die Stuttgarter SPD Denkanstöße für die zukünftige Entwicklung Stuttgarts finden und erarbeiten will

Dabei steht der Dialog mit Vereinen, Verbänden, Organisationen - und vor allem auch den Bürgerinnen und Bürgern in der Stadt - im Vordergrund. Wir wollen das Stichwort Urbanität mit Leben füllen, die Vielfalt des Stadtlebens beleuchten und vor allem Impulse für die Zukunft des Lebens in Stuttgart - jenseits von Bahnhofsproblemen - geben.

Doch was ist Urbanität? Für uns ein enges Wechselspiel der Themenfelder Soziales, Arbeit, Kultur, Mobilität und Ökologie. Als ersten Gesprächspartner begrüßten wir zur Auftaktveranstaltung den ehemaligen Staatsminister für Kultur und Medien und derzeitigen Professor für Philosophie an der Ludwig-Maximilians-Universität München, Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin. Moderiert hatte Dr. Christine Arbogast von der Friedrich-Ebert-Stiftung, das Merlin in West gab den Rahmen.

Nida-Rümelin zeigte auf, wie historisch der Begriff des Stadtlebens variieren kann - zum Beispiel ist es eine europäische Eigenart, ein Zentrum haben zu wollen, wohingegen auf andern Kontinenten, in anderen Kulturen auch anderes möglich ist. Zum Beispiel Los Angeles, eine Stadt mit vielen Einzelzentren, die auch ohne identitätsstiftende Mitte funktioniert.



Eine Stadt sei heute per se fragmentiert - in verschiedenste Bevölkerungsgruppen, mit verschiedenen Interessen, Arbeitswelten und Freizeitvorlieben. Es gäbe neoliberale Interessen, die die Stadt rein in Produzenten und Konsumenten einteilen möchten. Es gäbe technokratische Interessen, die die Stadt rein als zu verwaltes, städtebaulich planbares Gebilde sehen möchten. Beiden Sichtweisen sei eines gemein: Der Bürger stört.

Die Bürgerinnen und Bürger wollen sich "ihre" Stadt zurückerobern, daher auch der Wunsch und Wille vielerorts,

aktiv mitarbeiten zu wollen. Nida-Rümelin mahnt an dieser Stelle, dass allen Beteiligten klar sein müsse: "Alle gehören dazu!" Jede und jeder muss die Chance haben, als Teil der Stadt anerkannt zu werden. Das sei kein Gebot der Toleranz, sondern die Anerkennung der Realität. Bei der Frage, unter welchen Bedingungen das Leben in der Stadt gut und gerecht sei, müssen so viele wie möglich mitwirken. Daher stellt sich auch nicht die Frage, ob jemand frisch zugereist sei, oder ob er Fan des Fußballclubs einer anderen Stadt bleiben möchte, oder aus welchem Land er ursprünglich käme - Stadt der Zukunft funktioniere dann, wenn das trennende Denken überwunden wird und alle bereit sind, die jeweils anderen als Mitbürgerinnen und Mitbürger ihrer Stadt zu sehen.

Die Reihe wird im neuen Jahr fortgesetzt, wer noch nicht im Einladungsverteiler ist, aber gerne möchte, kann sich im Wahlkreisbüro melden (siehe letzte Seite).



Ute Vogt: Bundesförderprogramm für Mehrgenerationenhäuser wird fortgeführt

Auch Eltern-Kind-Zentrum Stuttgart-West bleibt im Bundesförderprogramm

16.11.2011 | Das zähe Ringen um den Verbleib im Aktionsprogramm für Bundesmittel hat ein Ende: Das „EKIZ“ Eltern-Kind-Zentrum im Stuttgarter Westen hat es mit seiner Bewerbung geschafft und erhält weiterhin die Fördermittel des Bundes. Warum allerdings von Familienministerin Schröder alles auf den letzten Drücker geschah, ist für die Stuttgarter SPD-Bundestagsabgeordnete Ute Vogt unerklärlich. Monatelang wussten die betroffenen Häuser in der ganzen Republik nicht, ob sie weiterhin diese wichtige finanzielle Unterstützung bekommen oder nicht.

Das im Jahr 2006 von der Großen Koalition aufgelegte Bundesprogramm hatte insgesamt für 500 Mehrgenerationenhäuser eine jährliche Finanzspritze von jeweils 40.000 Euro vorgesehen. So hat auch das Mehrgenerationenhaus Stuttgart-West die Fördermittel des Bundes erhalten. "Richtig angelegtes Geld", betont Vogt, denn es erleichtert das Zusammenkommen von Jung und Alt, Familien und Alleinstehenden, Gesunden und Kranken sowie von Menschen unterschiedlicher Herkunft und Nationen. "Gerade in Stuttgart werden Mehrgenerationenhäuser sehr gut angenommen und sind somit ein wichtiger Baustein im sozialen Miteinander in der Stadt."

Nach wie vor kritisieren Ute Vogt und die SPD-Bundestagsfraktion, dass statt bisher 500 nur noch 450 Häuser bundesweit zum Zuge kommen; schlimmer noch sei die Kürzung von 40.000 auf 30.000 Euro jährlich, denn nicht jedes Bundesland oder jede Kommune, die für den Fehlbetrag von 10.000 Euro nun aufkommen sollen, seien dazu so ohne weiteres bereit oder in der Lage.

26.11.2011 | Mit der Ausweitung wird kein einziges Problem im Niedriglohnsektor gelöst, es werden aber neue geschaffen. Für Arbeitgeber wird es noch attraktiver zu Lasten der Beschäftigten, insbesondere von Frauen, reguläre Arbeit in ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse zu zerstückeln. Die deutlich schlechtere Bezahlung von Mini-JobberInnen im Vergleich zu Vollzeitkräften wird ebenso wenig beseitigt, wie das rechtswidrige Verhalten vieler Arbeitgeber, die ihren Beschäftigten weder Lohnfortzahlung noch bezahlten Urlaub gewähren. Hinzu kommt, dass der "Verdienst" der Mini-JobberInnen schon in der Erwerbsphase nicht zum Leben und nicht zum Sterben reicht und die Altersarmut, die eine zwangsläufige Folge dieser Beschäftigungsverhältnisse ist, noch gesteigert wird. Allerdings passt die Ausweitung der Mini-Jobs genauso wie das Betreuungsgeld ins frauenpolitische Bild von Schwarz-Gelb: die Frau als Zuverdienerin, mit schlechterem Lohn und schlechterer sozialer Absicherung und abhängig vom Einkommen des Partners.

Schwarz-Gelb weitet Lohndumping zu Lasten von Frauen aus

Der Vorschlag der schwarz-gelben Koalition, die Mini-Job-Grenze von 400 Euro auf 450 Euro anzuheben, ist keine Wohltat für die Beschäftigten, sondern eine Ausweitung des ohnehin schon ausufernden Lohndumpings.

Anstatt die Mini-Jobs auszuweiten, muss der Niedriglohnsektor mit einem gesetzlichen Mindestlohn trocken gelegt werden und die Lohndifferenz zwischen Männern und Frauen sowie zwischen Teilzeit- und Vollzeitbeschäftigten endlich angegangen werden.

Frauen brauchen keine Anhebung der Geringfügigkeitsgrenze sondern existenzsichernde Arbeitsplätze mit gleicher Bezahlung für gleich(wertig)e Arbeit und gleiche Karrierechancen. Schwarz-Gelb sollte endlich dafür sorgen, dass Frauen so viel arbeiten können wie sie wollen und nicht in schlecht bezahlte Arbeit gedrängt werden. „Der Vorschlag der Koalition muss vom Tisch. Sofort.“, so Ute Vogt.

Mein Team in Stuttgart:

Claudia Eichert und Dr. Matthias Schrupf

Stuttgarter Kontaktdaten:

Wilhelmsplatz 10
70182 Stuttgart
Tel: 0711 - 5188 90 10
Fax: 0711 - 5188 90 20
E-Mail: stuttgart@ute-vogt.de



Mein Team in Berlin:

Anne Martus und Sybille Thomas

Berliner Kontaktdaten:

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 - 227 72894
Fax: 030 - 227 76446
E-Mail: ute.vogt@bundestag.de



Die Sitzungswochen des Deutschen Bundestags

Hier die Übersicht für das Jahr 2012

Zeitplan des Deutschen Bundestages für das Jahr 2012

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31		
Jan	Neujahr Mo	Di	Mi	Do	Hl. Drei Könige Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Jan	
Feb	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Weiber- fastnacht Fr	Sa	So	Rosen- montag Di	Acher- mitwoch Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Feb		
Mär	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	Mär	
Apr	So	Mo	Di	Mi	Do	Karfreitag Sa	Oster- sonntag So	Oster- montag Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Apr
Mai	Mai- festtag Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Christi- Himmelf. Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	Mai	
Jun	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Festschma- nntag Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Jun	
Jul	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Jul	
Aug	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Aug	
Sep	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Sep		
Okt	Mo	Di	Dr. Einar- dt Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Reforma- tionstag Do	Okt		
Nov	Aller- heiligst- en Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Bräut- er- fest Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Nov		
Dez	Sa	1. Advent Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	2. Advent Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	3. Advent Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	4. Advent Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	Heilig- abend So	1. Weih- nachts- tag Mo	2. Weih- nachts- tag Di	Do	Fr	Sa	So	Dez

Sitzungswoche *) Reserveweche